Trotz klammer Kassen: Kurstadt will 8,85 Millionen Euro investieren

06.06.2025 13:45 von Kevin Phillipp

Trotz klammer Kassen: Kurstadt will 8,85 Millionen Euro investieren

Fünf von insgesamt 48 kleinen und großen Investitionsmaßnahmen, die die Stadt Bad Düben in den nächsten beiden Jahren in Angriff nehmen will: die Verlängerung des Radwegs am REWE-Kreisverkehr bis zum bestehenden Weg in der Durchwehnaer Straße (oben l.), die bereits abgeschlossene Fassadensanierung am Rathaus (unten l.), der große Umbau der Kita „Spatzenhaus" (m.), die Renaturierung des Schleifbachs (oben r.) sowie die Errichtung einer Zufahrtsstraße und eines Parkplatzes am Schulcampus (unten r.).
Fotos: (Wsp) Phillipp

(Bad Düben/Wsp/kp). Ein deutlicher Kämmerer, eine Bund und Land kritisierende Bürgermeisterin und zuversichtliche Stadträte – die Bad Dübener Haushaltsdebatte brachte so ziemlich alles mit sich. Die wichtigste Nachricht: Die Kurstadt hat einen einstimmig beschlossenen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 und damit eine gefestigte Grundlage für jegliches Handeln.
Zu den nackten Zahlen: Bad Düben rechnet im Ergebnishaushalt 2025 bei Aufwendungen von 18,2 Millionen Euro mit einem Minus von 639.350 Euro. Im Folgejahr spuckt das Gesamtergebnis bei 18,1 Millionen Euro Aufwendungen einen Fehlbetrag von 334,150 Euro aus. Der einigermaßen ausgeglichene Finanzhaushalt wird stark von den geplanten Investitionsmaßnahmen, vor allem durch die „Spatzenhaus"-Sanierung beeinflusst. Hier landet man 2025 mit -5,46 Millionen Euro unterm Strich. Erfreulich: 2026 ist ein Überschuss von 1,55 Millionen Euro geplant.
Trotz angespannter Lage will Bad Düben investieren. Insgesamt 8,85 Millionen Euro in den zwei Jahren

stehen auf der Agenda. Den Hauptanteil bildet dabei der Umbau der Kita „Spatzenhaus“ mit über 6 Millionen Euro. Insgesamt stehen 48 größere und kleine Maßnahmen bis 2026 im Investitionsplan. Dazu zählen unter anderem die Verlängerung des Radwegs am REWE-Kreisverkehr in Richtung Durchwehnaer Straße (450.000 Euro), die Renaturierung des Schleifbachs (385.000 Euro) sowie die Errichtung einer Zufahrtsstraße und eines Parkplatzes am Bildungscampus zwischen Windmühlenweg und Schmiedeberger Straße (285.000 Euro).

Im Zuge dessen steigert sich jedoch das Kreditvolumen der Stadt von 11,6 auf knapp 17,5 Millionen, was gleichzeitig die Tilgungsdauer verlängert und die Pro-Kopf-Verschuldung auf 1.666 Euro je Einwohner hochschraubt. „Von den gesetzlich vorgeschriebenen 850 Euro sind wir hier weit entfernt. Ich bin jedoch optimistisch, dass wir diesen Wert kontinuierlich reduzieren können“, kommentierte Kämmerer Sylvio Grahle.

Stadtchefin Astrid Münster (WBD) kam mit frischen Eindrücken vom Kommunalkongress aus Berlin. Deutsche Kommunen mussten 2024 ein Rekorddefizit von 25 Milliarden Euro verzeichnen. Der Investitionsstau belaufe sich auf satten 180 Milliarden Euro. „Wir können künftig nicht mehr jedes Bedürfnis unserer Bürger gerecht werden. Die Bürokratie hindert und in unseren Entscheidungen“, wurde Münster deutlich. Sie sprach von einer Misstrauenskultur, die in eine Vertrauenskultur umgewandelt werden müsse. „Den kommunalen Verwaltungen muss mehr vertraut werden. Wir finden pragmatische Lösungen“, richtete Münster ihren Appel gen Berlin und Dresden. Schließlich erlebe der Bürger den Staat zu allererst in seiner Stadt.

Die Fraktionen WBD, Bürgerkreis sowie CDU/SPD sangen ein übereinstimmendes Lied. Durch die mutigen Entscheidungen und Investitionen der vergangenen Jahre sei Bad Düben gut aufgestellt und gerüstet für die Zukunft. „Rückblickend haben wir Investitionen zugestimmt, die betriebswirtschaftlich vielleicht nicht angebracht waren, politisch jedoch schon, um gewissen Strömungen, die den Abgesang unseres Landes herbeireden, den Wind aus den Segeln zu nehmen“, sagte Jens Findeisen (CDU). „Durch die nachhaltigen Investitionen der vergangenen Jahre halte ich eine Schwarzmalerei für nicht gegeben“, sagte Markus Aé (Bürgerkreis). „Dennoch sollten wir in Zukunft redlich überlegen, was wir tun und was nicht“, schloss Uwe Kulawinski (WBD) ab. Eine Wortmeldung der AfD erfolgte nicht.